

Rechtsstaat unter Beschuss?



MAG. GERHARD JAROSCH ist Erster Staatsanwalt der StA Wien und Präsident der Vereinigung österreichischer Staatsanwältinnen und Staatsanwälte.

Es ist unsere Aufgabe, auf diese gefährlichen Entwicklungen hinzuweisen und gegen sie zu kämpfen.

WIR LEBEN IN GEFÄHRLICHEN ZEITEN. Eine offene Demokratie und ein funktionierender sowie wehrhafter Rechtsstaat sind keine Selbstverständlichkeiten, in vielen Ländern werden sie unterminiert und angegriffen. In der Türkei wurden seit letztem Sommer fast 4.000 Richter und Staatsanwälte aus ihren Ämtern entfernt, hunderte von ihnen sitzen nach wie vor in Untersuchungshaft. Der türkische Präsident sucht offenkundig nach einer Mehrheit zur Wiedereinführung der Todesstrafe, wobei es ihm egal zu sein scheint, dass sein Land damit einen grundlegenden europäischen Konsens aufkündigen wird. Auf den Philippinen lässt ein demagogischer Staatsoberhaupt Polizisten seine eigenen Bürger in Wild-West-Manier zu Tausenden ermorden. Der bloße Verdacht, ja eine Verleumdung wegen eines Drogendelikt reicht aus. Gerichtsverfahren sind dort überflüssig geworden. Der neu gewählte amerikanische Präsident Trump attackiert in einer nie dagewesenen Art jene Richter, die eine ihm unpassende Entscheidung treffen. Einige Massenmedien und ein erklecklicher Teil der Bevölkerung applaudieren dazu. Die polnische Regierungspartei will sich den Verfassungsgerichtshof so zurecht schnitzen, dass das Höchstgericht de facto unter die Kontrolle der Exekutivgewalt gestellt wird. In Großbritannien stellen Höchststrichter klar, dass die Verfassung die Einbindung des Parlaments in eine eminent wichtige Entscheidung wie den Austritt des Landes aus der Europäischen Union verlangt. Am nächsten Tag werden die Bilder der Richter unter der Überschrift „Enemies of the People“ auf einer Titelseite veröffentlicht. Pikante Details aus dem Privatleben dieser Richter werden mitgeliefert, auch wenn sie mit der Sache nichts zu tun haben. Die Liste lässt sich fortsetzen. Wie steht es um den Rechtsstaat in Österreich? Wesentlich besser als in den aufgezeigten Beispielen. Noch! In den letzten Wochen wurden drei Richter des

Bundesverwaltungsgerichts persönlich angegriffen, weil sie eine für manche unangenehme Entscheidung trafen. Ihnen wurde Befangenheit und sogar Amtsmissbrauch vorgeworfen. Sie und viele andere Richter und Staatsanwälte werden Jahr für Jahr wegen solcher Delikte angezeigt und in ein Strafverfahren gezogen. Im Anschluss wird darüber manchmal genüsslich und oft tendenziös berichtet. Das schadet dem Vertrauen in den Rechtsstaat und dieses Vertrauen ist für unser Zusammenleben unverzichtbar.

Sachliche Kritik an der Justiz und ihren Entscheidungen ist notwendig und willkommen, sie wird aber immer öfter durch untergriffige Attacken gegen ihre Entscheidungsträger verdrängt. Auch die Einsparungen an Budget und Personal der Justiz, die der Finanzminister und die Beamtenstaatssekretärin zu verantworten haben, schwächen den Rechtsstaat. Obwohl die Planstellen für Richter und Staatsanwälte in den letzten Jahren gewachsen sind, können wir unseren Aufgaben oft nur schleppend nachkommen, da das Kanzleipersonal immer weiter reduziert wurde. Dringend notwendige Investitionen in Gerichtsgebäude werden aufgeschoben, weil schlicht das Geld fehlt. Ein ordentlicher Rechtsstaat kostet etwas und er ist es auch wert.

Noch liegen wir im europäischen und internationalen Vergleich weit vorne, aber das kann sich schnell ändern. Noch ist es nicht alltäglich, Justizangehörige öffentlich durch den Kakao zu ziehen, aber auch hier kann die Stimmung rasch kippen. Es ist unsere Aufgabe, auf diese gefährlichen Entwicklungen hinzuweisen und gegen sie zu kämpfen. Unser Engagement ist für unser Land wichtig, unsere Solidarität für Kolleginnen und Kollegen in allen anderen Ländern eine notwendige Unterstützung. Möglicherweise werden wir einmal ihre Hilfe benötigen.

GERHARD JAROSCH